

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wagnispreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—. Für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Verlagskonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534.77

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 10/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Geheilt. Kolonelsseite 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10 Geheilt. Kolonelsseite 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Geheilt. Kolonelsseite mit 50 Pf. Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausm.: die 10 Geheilt. Kolonelsseite 40 Pf. bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Auszüge, urliche Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Rüstungspläne der Zuchthauskandidaten

Arnold Rehbbergs deutsch-französischer Bündnisplan — Verhandlungen mit Marshall Foch Das Ziel: Aufrüstung unter Führung der Schwerindustrie

300 000 Mann stehendes Heer

In Berlin, 24. September.

Herr Arnold Rehbbergs teilt mit: Während der letzten Tage ist in der Presse wiederholt an mich die Frage gerichtet worden, welche konkreten Bedingungen einer deutsch-französischen Einigung den seit längerer Zeit laufenden Unterhaltungen zwischen französischen Staatsmännern und mir zugrundegelegt worden seien. Ich trage keine Bedenken, diese Bedingungen bekanntzugeben, um so weniger als sie bereits in den großen französischen Zeitungen mehrfach veröffentlicht worden sind.

1. Interessenverflechtung der deutschen und französischen Schlüsselindustrien. Sie ist durch den deutsch-französischen Rüstungsplan, durch den deutsch-französischen Eisenpakt und durch den deutsch-französischen Chemiepakt in den Jahren 1928 und 1927 bereits verwirklicht worden.

2. Deutsch-französischer militärischer Interessenverflechtung. Deutschland und Frankreich garantieren sich gegenseitig ihre europäischen Grenzen gegen jeden Angriff seitens einer dritten Macht.

Es wird ein Verhältnis von 5:3 zwischen der französischen und der deutschen Armee festgesetzt, das heißt, wenn die französische Armee 500 000 Mann stark ist, soll die deutsche Armee bei gleicher Rekrutierung, Ausrüstung und Bewaffnung, wie die französische Armee, 300 000 Mann stark sein.

Es wird ein aus deutschen und französischen Generalen zusammengesetztes, den beiden Armeen, der deutschen und der französischen, übergeordnetes Oberkommando geschaffen. Dieses Oberkommando hat das Recht der Befehlshaber aller deutschen und französischen Truppen und arbeitet die Pläne für die eventuelle gemeinsame Verteidigung der deutschen und der französischen Grenzen aus. Die belgische Armee wird dem deutsch-französischen Militärabkommen angeschlossen. Diese militärischen Bedingungen sind zuerst in einer Unterredung umrissen worden, die ich schon vor Jahren mit dem verstorbenen Marshall Foch gehabt habe. Der Marshall war der Überzeugung, daß durch die Verwirklichung eines solchen deutsch-französischen Militärabkommens jeder deutsch-französischer Krieg materiell unmöglich werde, und daß damit zunächst der Friede in Europa garantiert sein werde. Für besonders wichtig hielt der Marshall,

daß ein solches deutsch-französisches Militärabkommen mit der deutsch-französischen industriellen Interessenverflechtung gekoppelt sei, weil sich daraus seine Unlöslichkeit ergebe.

3. Räumung aller von Frankreich besetzten deutschen Gebiete.

4. Die von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs bisher unterzeichnete Reparationsvereinbarung bleiben zunächst bestehen. Veränderungen, welche sowohl zum Vorteil Deutschlands wie Frankreichs sein würden, sind der gemeinsamen Uebereinkunft zwischen beiden Regierungen vorbehalten.

5. Polen wird Danzig und den Weichsel-Korridor an Deutschland zurückgeben. Danzig bleibt polnischer Freihafen, wobei Deutschland und Frankreich gemeinsam den Polen freie Schifffahrt auf der Weichsel garantieren. Ebenso wird der Hafen von Memel Polen zur Verfügung gestellt. In Oberschlesien wird ohne Veränderung der gegenwärtigen Grenzen eine deutsch-französisch industrielle Interessengemeinschaft geschaffen. Gleichberechtigung der Deutschen in Polen. Als Gegenleistung garantieren Frankreich und Deutschland gemeinsam alle übrigen polnischen Grenzen. Polen wird ebenfalls dem deutsch-französischen Militärabkommen angeschlossen.

6. Durch Unterzeichnung dieses Bündnisvertrages werden die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, soweit sie sich ausschließlich auf Deutschland und Frankreich bzw. auf Deutschland, Frankreich und Belgien beziehen, annulliert. Die durch den Versailles Vertrag geschaffene deutsch-französisch Grenze, sowie die durch den gleichen Vertrag geschaffene deutsch-belgische Grenze bleiben bestehen.

7. Mit Unterzeichnung dieses Bündnisvertrages gilt die Kriegsschuldfrage als erledigt. Außerdem ist erörtert worden, daß Frankreich nach Unterzeichnung einer derartigen Bündnisvertrages der Verbündung Österreichs mit Deutschland gegebenenfalls keinen Widerstand leisten würde. Der Anschluß der englischen Schlüssel-Industrien an die Bündnisse der deutschen und französischen Schlüssel-Industrien wurde als erwünscht bezeichnet. Diese Entwicklung hat infolgedessen bereits eingeleitet, als sich die durch Lord Melchett — mit dem ich seit Jahren in Beziehungen stehe — in der Imperial Chemical Industries Limited zusammengefaßten und von ihm geführten englischen chemischen Industrien bereits dem deutsch-französischen Chemiebündnis angeschlossen haben. Der englischen Regierung ihrerseits soll der Anschluß an das deutsch-französisch militärische und politische Bündnis offengehalten werden, dessen Bedingungen gegebenenfalls sinngemäß auf einen deutsch-französisch-englischen Freibund zu übertragen wären.

Ein Zutritt Poincarés

In der Affäre der deutsch-französischen Geheimverhandlungen veröffentlicht heute das Echo de Paris einen Brief Poincarés an den Redakteur des Blattes, in dem er die Rolle darstellt, die Herr Rehbbergs in Paris gespielt hat. Der Brief ist vom 23. datiert und lautet:

Lieber Freund! Ich habe in der Tat Rehbbergs im Jahre 1923 und dann noch einmal im Jahre 1928 empfangen. Er wiederholte mir einige Gemeinplätze über die französisch-deutsche Annäherung, die er in französischen Zeitungen veröffentlicht hat.

Ich antwortete ihm, daß alle diese Fragen zu jenen gehörten, über die man von Regierung zu Regierung, nicht aber mit Privatpersonen verhandelt.

Und das ist alles. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß dieser persönliche Besuch die Vermutung ausschließt, als hätte jemals Rehbbergs versucht, als Vermittler bei denselben Rehbbergs zu dienen. Das ist pure Erfindung.

(Unter uns gesagt, habe ich übrigens Herrn v. Hoersch von diesem Besuch Mitteilung gemacht. Er schien die Sache nicht ernst zu nehmen.)

Ich bin immer noch nahezu zur Unbeweglichkeit verurteilt. Der Termin zu meiner zweiten Operation ist noch nicht festgesetzt.
Ihr
Poincaré.

Das also ist des Pudels Kern

Der Landesverrat der Kriegspolitiker

Der echte deutsche Mann mag keinen Franzosen leiden, Doch ihre Feinden hat er gern.

Für den Eingeweihten freilich war es längst kein Geheimnis mehr. Die Verhandlungen in Paris, die Kriederei vor Poincaré-la-guerre, dem Vielgeschmähten, und seinen Helfershelfern dienten den Aufrüstungsplänen, die von der deutschen Schwerindustrie seit Jahren betrieben werden. Wenn die Aufrüstung des neuen Deutschland im Bunde mit der französischen Schwerindustrie geschehen kann, dann um so besser. Für 200 000 Mann neue Soldaten ist jeder „Patriot“ bereit, mit dem Erbfeind zu verhandeln. Für eine neue herrliche Kriegsmarine buhlt man in den Vorzimmern der französischen Ministerien. Für schwere Riesenwerke verhandelt man mit dem Gehäbtesten der Gehäbten, mit Marshall Foch.

Herr Arnold Rehbbergs wurde durch die Feststellung der Landesverraterei, die von den Bevollmächtigten Hugenbergs betrieben wurden, unter Druck genommen. Er hat nunmehr seine Pläne vor der gesamten Weltöffentlichkeit dargelegt. Ein Militärbündnis mit Frankreich im Verhältnis von 5:3. Die politischen Ziele dieser Verständigung sind offenbar. Sie richten sich gegen den Sowjetstaat, und wenn es nicht anders geht, selbst gegen England. Aber immerhin, Herr Arnold Rehbbergs, der Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie, hat sich den Verständigungsbestrebungen zwischen Deutschland und Frankreich, dem Locarnogedanken nicht entgegenstemmt. Seine geheimnisvollen Rüstungsgeschäfte betrieb er nebenher. Demgegenüber hielten die Deutschnationalen unter Führung Hugenbergs in geradezu gemeinlicher Form. Sie appellierten an die niedrigsten Instinkte deutscher „Patrioten“. Sie hängten den Erbfeind tagtäglich in ihren Zeitungen auf. Sie beschmühten die führenden Häupter der französischen Republik. Und insgeheim verhandelten Bevollmächtigte Hugenbergs dennoch mit Hintermännern Poincarés.

Was haben die Deutschnationalen während der letzten Jahre nicht alles angeestellt? Zwar gehörte Herr Dr. Schiele, der deutschnationale Landwirtschaftsminister, zu den Mitwissern bei der Einleitung der Locarnopolitik. Nichtsdestoweniger traten die Deutschnationalen aus der Regierung aus, als Locarno zur Wirklichkeit geworden war. Gewiß hat auch Dr. Stresemann, wenn er seine Friedenstauben fliegen läßt, noch andere Pläne. Immerhin verfolgt er sie in breiter Öffentlichkeit, so daß eine Kontrolle möglich ist. Die Deutschnationalen aber haben gegen alle Verständigungs-

Die deutschnationalen Freier



„Gnädige Frau, es warten wieder eine Anzahl Erbfeinde draußen, um ihre Aufwartung zu machen!“

Bankrott der Koburger Nazis

In einem halben Jahre zu Meite und Staatsaufsicht

Eine Meldung aus Koburg, der Stadt, die seit ein paar Monaten eine nationalsozialistische Stadtverordnetenmehrheit hat, wird berichtet:

Der Stadtrat hat in vier debattenreichen Sitzungen den Etat für den Stadthaushalt mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Bürgermeister, letztere unter Protest, verabschiedet, ohne das Defizit von zirka 960 000 Mark zu bedenken. Die Reichsregierung wird nunmehr ihr staatsaufsichtliches Recht geltend machen und die Zwangsliquidation wahrnehmen, was auch der Erste Bürgermeister in Aussicht stellte. Die Einnahmen betragen 2 938 348 Mark, die Ausgaben 3 431 660 Mark, dazu kommt noch ein Fehlbetrag aus dem Vorjahre in Höhe von 228 000 Mark. Der Theateretat, der 258 000 Mark vorsteht, wurde bekanntlich gestrichen und eine Entschädigung gefordert, in der von der Staatsregierung die Übernahme der ganzen Theaterlast auf Grund des Staatsvertrages bzw. des interfraktionellen Beschlusses des Landtags vom 11. März 1920 verlangt wird. Die Feuerstich- und die Straßencleaning-sabgaben wurden gestrichen, die Umlage von 400 auf 300 Prozent ermäßigt, dafür die Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer beschlossen.

Schneller als angenommen werden mußte, hat die nationalsozialistische Stadtherrschaft der ehemaligen Hauptstadt des verflorenen Herzogtums Koburg-Gotha elend Bankrott gemacht. Koburg hat etwa 25 000 Einwohner. Das von den National-

sozialisten nach weniger als halbjähriger Rettungsaktion fabrizierte Defizit beträgt fast eine Million, pro Einwohner 40 Mark, pro Familie 160 bis 200 Mark. Dabei sind die sonst von der Stadt getragenen Theateraufwendungen gar nicht im Haushalt belassen, sondern einfach gestrichen. Im anderen Falle würde das Defizit auf fast ein und eine viertel Million Mark steigen. Die Besitzsteuern für Feuerstich und Straßencleaning wurden gestrichen und dafür eine „Judensteuer“ gegen die Warenhäuser, außerdem eine „Filialsteuer“ gegen den Konsumverein beschlossen. So handeln die Herrschaften dort, wo sie „unumschränkt“ am Ruder sitzen. Aber mit dieser Provisorleistung haben sie sich auch sofort den Akt abgesetzt, auf dem sie saßen. Die Stadt wird unter Staatsaufsicht gestellt, der Etat von Staats wegen zwangsweise in Ordnung gebracht. Und das im schönen Bagerlande, auf das die Hitler- und Co. einst so große Hoffnungen gesetzt hatten.

Die Koburger Meite der Nationalsozialisten ist eine gute Lehre für die kommenden Gemeinbewähler. Wer Nationalsozialisten wählt, liefert die Selbstverwaltung der Gemeinden der staatlichen Zwangsaufsicht aus und beschwört außerdem die Gefahr kulturellen Rückschritts herauf. Nationalsozialisten sind eben Maulhelden. Darüber hinaus verstehen sie sich höchstens noch auf Schlagring- und Gummischlägerpolitik. Wo mehr verlangt wird, wo mit Verstand zu Werke gegangen und Weitblick gegeben sein muß, um einer besseren Lage zutreiben zu können, da müssen die Nationalsozialisten versagen. Koburg beweist's.

A. Leschke